

# Wer bezahlt den Kampf gegen rechts?

Fürs Vorbereiten der Demo am Samstag in Wetzlar sind schon einige Tausend Euro Kosten angefallen

**WETZLAR** (pre). Am Samstag wollen unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt“ voraussichtlich mehrere Tausend Menschen durch Wetzlar ziehen. Die Demonstration und die anschließende Kundgebung ab 16 Uhr am Neuen Rathaus werden vom Verein „Wetzlar erinnert“ und dem zivilgesellschaftlichen Bündnis „Wetzlar.solidarisch“ organisiert. Dieses Bündnis soll von der Stadt finanziell unterstützt werden. Dafür setzen sich die Stadtverordneten der Linken in den laufenden Haushaltsberatungen ein.

## Fraktionen finden Idee gut, Weg aber falsch

Aus dem Haushalt 2024 soll das Bündnis laut Hermann Schaus und Sylvia Kornmann 5000 Euro erhalten. „Der Initiative ist es in der jüngsten Vergangenheit zweimal gelungen, mit gemeinsamen Aktionen in der Altstadt wichtige Zeichen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Integration zu setzen. Sie hat dadurch positiv auf die Stadtgesellschaft gewirkt und gegen die zunehmenden gesellschaftlichen Entwicklungen der Entsolidarisierung und gegen Hass und Hetze gewirkt“, heißt es in der Antragsbegründung. Im Kulturausschuss ergänzte Schaus: „Diese Aufgabe sollte gerade in der ak-

tuellen Situation fortgeführt und verstärkt werden.“ Dies solle die Stadt erleichtern.

Der Inhalt ist gut, aber der Weg? So lassen sich die Bedenken der anderen Fraktionen zusammenfassen. Michaela Ripl (Grüne): „Es ist kein Verein, daher habe ich Probleme damit, einen eigenen Haushaltsposten auszuweisen. Gäbe es nicht einen Verein, der für die Initiative die Gelder beantragen könnte?“ Zuvor hatte sich bereits der Sozialausschuss damit befasst. Sven Ringsdorf (FDP) erinnerte an die Fördermöglichkeiten aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“, das seit 2015 besteht. Der Verein „Wetzlar erinnert“ nutze dies zum Beispiel.

Ja, sagte Schaus, doch eine solche Förderung sei projektbezogen und setze die Form eines Vereins voraus. Hier wolle man niedrigschwelliger ansetzen. In diese Kerbe hieb auch Dominic Harapat (Die Partei): „Für kurzfristige Aktionen wie die Demo am Samstag wäre etwas Spielgeld schon gut.“ Zumal Plakate gedruckt oder Technik gemietet werden müssten, also Kosten anfallen. Dafür sei ein Zuschuss der Stadt sehr praktisch.

Da es diesen bisher nicht gibt, sammelt das Bündnis Spenden. Und wird das wohl auch künftig tun müssen, denn die Ausschüsse empfehlen mehrheitlich, den Antrag abzulehnen.